

Antrag Nr. 23-O-04-0008

LINKE & PIRATEN

Betreff:

Flexibilität bei Geschwindigkeitsmesstafeln erhalten (Linke & Piraten)

Antragstext:

Antrag der Fraktion LINKE & PIRATEN:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das vom Tiefbau- und Vermessungsamt mit Schreiben vom 17.01.2023 bekanntgegebene Verfahren zur Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln zurückzunehmen,
2. den Ortsbeirat Nordost bei der Erarbeitung von Regelungen über die Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln einzubeziehen,
3. zu prüfen, inwieweit der Verkehrssicherung genüge getan wird durch die Schulung des Dienstleiters, mit dem Ziel, die bisherige Flexibilität zu erhalten,
4. die Richtlinien über die Beteiligung der Ortsbeiräte redaktionell zu überarbeiten. Die Stadtwerke Wiesbaden AG wurde bereits 2000 in ESWE Versorgungs AG und ESWE Verkehrsgesellschaft mbH überführt.

Begründung:

Die Allgemeine Verkehrsüberwachung und Feststellung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden und fließenden Verkehr obliegt in Wiesbaden der Kommunalen Verkehrspolizei. Die Geschwindigkeitsmesstafeln der Ortsbeiräte sind eine flexible und bürgerfreundliche Ergänzung, um punktuell an die jeweilige Höchstgeschwindigkeit zu erinnern und belastbare Daten zu gewinnen. Diese Flexibilität geht durch das neue Genehmigungsverfahren verloren. Allein 2022 wurden in Nordost Messungen in neun Straßen durchgeführt: Comeniusstr., Lanzstr., Nerobergstr., Parkstr., Philippsbergstr., Platter Str., Richard-Wagner-Str., Tengelbachstr. und Walkmühlstr. Die Verärgerung der Ortsbeiräte hätte durch eine Beteiligung leicht vermieden werden können (vgl. Punkt 22 der "Übersicht über wichtige Angelegenheiten des Ortsbezirks, bei denen der Ortsbeirat zu beteiligen ist").

Wiesbaden, 17.04.2023